

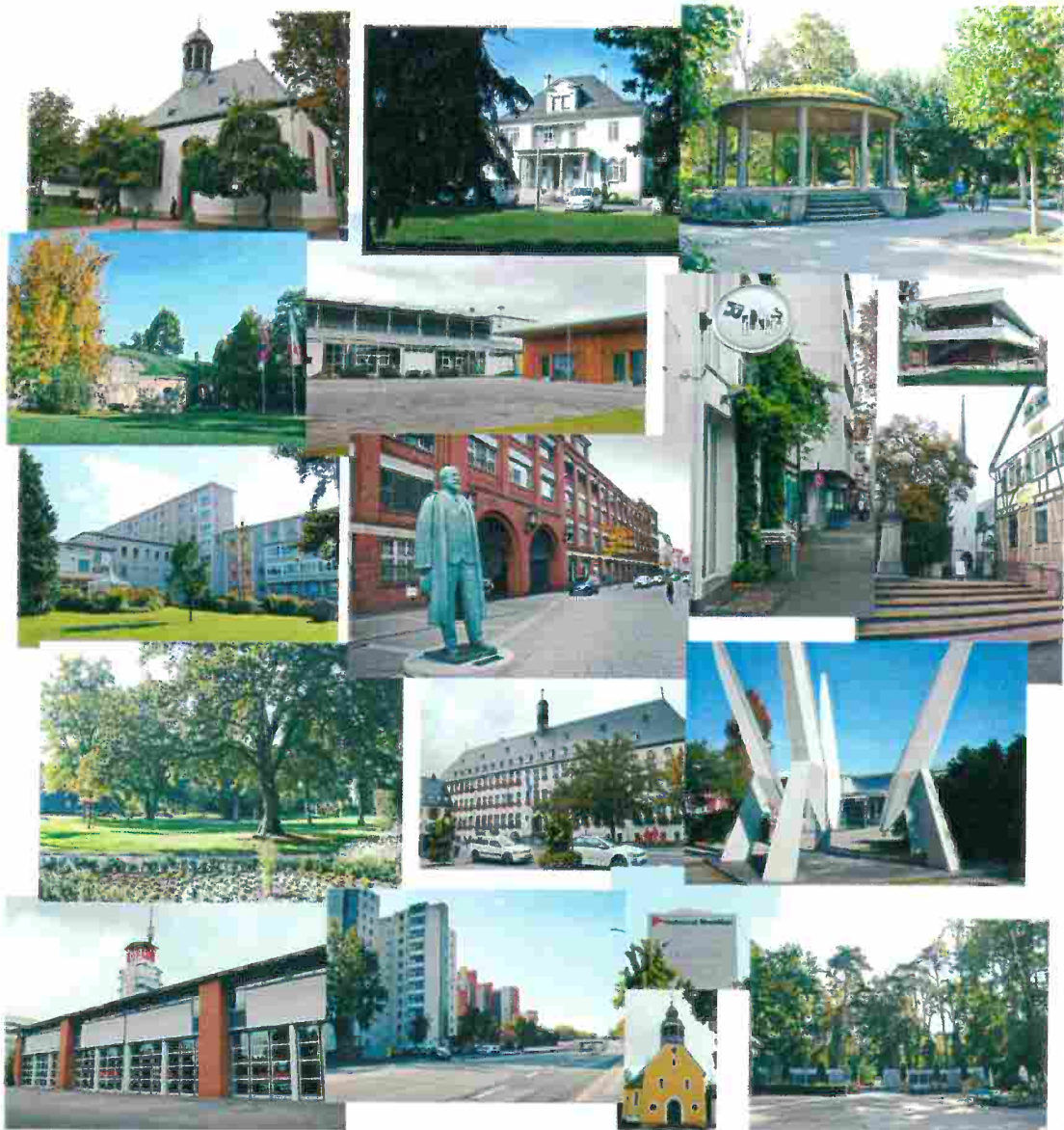
Entwurf

Bündnisvereinbarung

zwischen

SPD – WsR – Bündnis 90/Die Grünen – Die Linke/Liste Solidarität

für die Wahlperiode 2016 - 2021



Fraktionen
Rüsselsheim



DIE LINKE
LISTE
SOLIDARITÄT

Präambel

SPD, Wir sind Rüsselsheim (WsR), Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vereinbaren für die Zeit bis zur Kommunalwahl 2021 ein Bündnis in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main.

Das Bündnis

- will eine inklusive und offene Gesellschaft, die Vielfalt als Stärke begreift.
- lehnt jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab.
- will dazu beitragen, ein Zusammenleben in gegenseitiger Achtung und Wertschätzung zu ermöglichen, unabhängig von Herkunft, Kultur, politischer, religiöser oder persönlicher Überzeugungen.
- will allen Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bildung bieten.
- wird sich auch weiterhin für ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot einsetzen und will, dass alle Kinder optimal gefördert werden.
- sieht möglichst frühe Sprachförderung als unverzichtbar an, wenn Chancengleichheit gewährleistet sein soll.
- setzt sich für ein barrierefreies Umfeld in Kindertagesstätten und Schulen ein, damit Kinder mit Unterstützungsbedarf nicht von ihrer Umwelt behindert werden. Mit Ganztagsangeboten wollen wir Eltern und vor allem Alleinerziehenden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.
- will Armut bekämpfen und Menschen befähigen, ihr Leben eigenständig gestalten zu können. Wir möchten ein eigenständiges Leben auch im Alter gewährleisten. Wir setzen uns für eine leistungsstarke medizinische und soziale Versorgung ein. Auch für Menschen, die akut Hilfe benötigen, werden wir uns einsetzen, Flüchtlingen in Not helfen und sie bei uns willkommen heißen.
- strebt den Regelfall an, dass alle städtischen Mitarbeiter*innen in festen, tarifvertraglich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.
- will gleiche Chancen eröffnen, selbstbestimmtes Leben ermöglichen und Ausgrenzung vermeiden. Es will die Vielfalt in unserer Stadt aktiv gestalten, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am politischen, sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Leben gewährleisten.

Ziel des Bündnisses ist, die Themenbereiche und Projekte dieses Bündnispapieres unter Prüfung der finanziellen Tragbarkeit für die Stadt und ihre Bürger*innen umzusetzen.

Finanzen – Keine finanzielle Mehrbelastung der Rüsselsheimer Einwohner*innen

Die Konsolidierung des Rüsselsheimer Haushalts war in den vergangenen Jahren von erheblichen Steuer- und Gebührenerhöhungen geprägt. Die vier Fraktionen lehnen eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer- und Grundsteuersätze in der Wahlperiode 2016 - 2021 ab. Eine Ausweitung des Stellenplans erfolgt nur in begründeten Fällen.

Rüsselsheim ist nach wie vor in einer finanziell schwierigen Lage. Die finanzielle Ausstattung der hessischen Kommunen ist nicht ausreichend, um die vielfältigen Aufgaben in der Daseinsvorsorge zu erfüllen, ohne ein jährliches Defizit hinnehmen zu müssen.

Das Prinzip der Konnexität muss strikt eingehalten werden. Wir setzen uns beim Land Hessen und beim Bund dafür ein, dass Kommunen bei der Übertragung von Aufgaben auch die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Sollten weitere Konsolidierungsmaßnahmen notwendig sein, dürfen diese nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung der Rüsselsheimer Einwohner*innen führen. In dem Bewusstsein, dass willkürliche Ausgabensenkungen in den falschen Bereichen die Attraktivität der Stadt als Arbeits- und Wohnort für die Menschen und als Wirtschaftsstandort für die Unternehmen vermindern und in der Konsequenz oft zu später weit höheren Mehrausgaben führen, gilt es sehr genau die einzelnen Bereiche auf mögliche Effizienzverbesserungen zu überprüfen. Die Sanierung des Haushaltes ist nur dadurch zu erreichen, dass neben der Einsparung auch gezielt und sinnvoll Mittel für die Stadtentwicklung eingesetzt werden.

Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit

Für eine Beurteilung der verschiedenen Bereiche ist die Transparenz über die Verwendung der städtischen Mittel zu verbessern. Die Ansätze sind im Haushaltsplan detaillierter als bisher zu erläutern und aufzuschlüsseln. Der Haushaltsplan ist um die notwendigen Ziele, Kennzahlen und Produktbeschreibungen bei jedem Produkt zu ergänzen. Die nach den §§ 112 u. 113 HGO festgelegten Fristen zur Erstellung, Prüfung und Vorlage der Jahresabschlüsse werden bisher von der Stadt Rüsselsheim nicht eingehalten. Zur Erfüllung der Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung nach § 51 und 52 HGO wird von den Bündnispartner*innen die Einhaltung dieser Regelungen nachdrücklich eingefordert.

Ziel muss sein, die zukünftige Finanzplanung auf eine gesicherte Datengrundlage zu stellen.

Die durch die Etablierung einer kommunalen Hilfspolizei entstehenden Kosten sind im Haushaltsplan in einem gesonderten Produkt mit dem Titel „Polizeiaufgaben“ darzustellen.

Rechnungsprüfungsamt

Das Bündnis verständigt sich auf eine Stärkung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Rüsselsheim am Main. In der überörtlichen Prüfung der Rechnungsprüfungsämter wurde die schwache personelle Aufstellung des Rüsselsheimer RPA bemängelt. Die vier Fraktionen sehen es als ihre Aufgabe an, diesen Missstand zu beseitigen und das RPA bedarfsgerecht personell und finanziell zu stärken.

Bürger*innenbeteiligung und Transparenz

Das Bündnis gründet sich auch auf der gewollten frühzeitigen Beteiligung der Bürger*innen und Einwohner*innen (§8 HGO) an Planungen und Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung. Dies geschieht durch gemeinsame Informationsveranstaltungen und Bürger*innenbefragungen.

Die in der HGO vorgesehene, mindestens einmal jährlich auf Einladung des Stadtverordnetenvorstehers abzuhaltende Bürger*innenversammlung dient diesem Vorhaben und wird fördernd unterstützt. Mehrere Bürger*innenversammlungen pro Jahr werden angestrebt.

Wir begrüßen ausdrücklich die demokratische Kultur, die sich auch durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in den vergangenen Jahren in der Stadt entwickelt hat. Wir nehmen den Bürger*innenwillen ernst und realisieren demokratische Beteiligungsprozesse, wo immer dies gewünscht wird und möglich ist.

Wir wollen das Projekt „Jugend im Rathaus“ mit dem Ziel ausbauen, dass alle Schüler*innen lokale Politik kennenlernen und ein Verständnis dafür bekommen, dass Demokratie vor Ort gelebt werden muss. Deshalb soll dieses erfolgreiche Programm zukünftig für noch mehr Schulklassen angeboten werden.

Die Bündnispartner*innen verpflichten sich zu einer transparenten Arbeitsweise, mit dem Ziel einer vollständigen und frühestmöglichen Information und Beteiligung der Bürger*innen.

SOZIALES RÜSSELSHEIM

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen hat in Rüsselsheim Tradition. Die Herausforderung, den wachsenden Bedarf nach Betreuung und Bildung von Kindern bis 10 Jahren zu verwirklichen, wollen wir aktiv annehmen. Dies bedeutet,

- dass wir die U3-Betreuung kontinuierlich ausbauen werden und das Ziel verfolgen, perspektivisch eine quartiersbezogene Bedarfsdeckung anzustreben, indem wir als nächste Schritte
 - das U3-Vorhaben in der Adolf-von-Menzel-Straße umsetzen,
 - im neuen Wohnbaugebiet „Quartier am Ostpark“ eine kombinierte U3/Ü3-Einrichtung bauen,
 - in Bauschheim eine Kita mit U3-Angebot und
 - im Dicken Busch Angebote für Kinder im U3-Alter schaffen wollen;
- dass wir die Ü3-Betreuung mit dem Ziel einer 100%igen Versorgung weiter ausbauen („Jedem Kind ein Platz“) und den Bedarf für flexiblere Öffnungszeiten ermitteln wollen;
- dass wir perspektivisch eine bedarfsgerechte Betreuung der Kinder im Grundschulalter durch den Ausbau städtischer Betreuungsschulen oder von der Schulgemeinde mittels Betreuungsvereinen getragene Ganztagsangebote sicherstellen wollen; Ziel müssen echte rhythmisierte Ganztagschulen sein.

Wir vereinbaren, die Betreuungsgebühren nicht anzuheben. Unser Ziel ist, allen Kindern einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen die Forderung des Städtetages, gebührenfreie Kitas durch eine Kompensation aus Landesmitteln zu ermöglichen.

Wir verstehen unter Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Betreuungsschulen Bildungseinrichtungen. Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder bis zu 10 Jahren steht im Fokus. Eigenständige und starke Kinder mit ausgeprägter sozialer Kompetenz sind das Ziel unserer Bildungsarbeit.

Wir werden prüfen, ob die Mittel, die derzeit für zusätzliche Sprachangebote in Kindertagesstätten eingesetzt werden, noch auskömmlich sind.

Außerschulische Jugendförderung

Die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit wird weiterhin einen hohen Stellenwert einnehmen. Unser auf Prävention ausgerichteter Handlungsansatz – also Handeln bevor Probleme entstehen – ist nicht nur mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden, sondern nimmt auch positiven Einfluss auf Lebensverläufe von jungen Menschen, die sich noch in der Orientierung befinden. Auch bei knappen Kassen müssen im Haushalt ausreichend Mittel für Kinder und Jugendliche bereitgestellt werden. Das derzeitige Niveau der Jugendförderung stellt einen Mindeststandard dar, der nicht unterschritten werden darf. Wir vereinbaren uns darauf, quartiersbezogene Jugendarbeit sicherzustellen und verständigen uns darauf, die Bedarfe insbesondere im Innenstadtbereich erneut festzustellen.

Bewährte Programme wie Kinder- und Jugend-Uni werden fortgeführt. Neben spezifischer Mädchenarbeit wollen wir auch eine spezifische Jungenarbeit anbieten. Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen unterstreichen die Notwendigkeit einer verstärkten politischen Bildung. Dabei kommt dem Jugendbildungswerk eine besondere Bedeutung zu.

Ausbildung sicherstellen

Wir wollen dauerhaft sicherstellen, dass die Stadt Rüsselsheim und ihre Betriebe vor Ort weiterhin ausbilden, um jungen Menschen in unserer Stadt eine Perspektive zu geben. Gerade jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf kann eine Ausbildung bei der Stadt oder in kommunalen Betrieben neue Perspektiven eröffnen. Die wertvolle Arbeit des Ausbildungsverbundes Metall und der kommunalen Ausbildungsinitiative, Berufs- und Bildungsplanung für Schulabgänger*innen muss erhalten bleiben.

Senior*innen & Gesundheit

Wir wollen die Gesundheits- und Pflegeplanung fortschreiben, damit ein bedarfsgerechtes Angebot an ambulanter und stationärer ärztlicher Versorgung genauso dauerhaft sichergestellt ist wie eine ausreichende Anzahl an Plätzen in Senior*innen - und Pflegeheimen. Die Schaffung altersgerechten Wohnens wird von uns unterstützt, z.B. durch Mehrgenerationenhäuser, insbesondere in neu zu entwickelnden Baugebieten.

Das zivilgesellschaftliche und städtische Angebot im „Haus der Senioren“ wollen wir bewahren und das Gebäude weiterhin als Treffpunkt zur Verfügung stellen.

Rüsselsheim-Pass

Wir werden den Magistrat beauftragen, eine Ausweitung der Regelungen des 'Berechtigungsausweises zur Inanspruchnahme ermäßigter städtischer Dienstleistungen' zu prüfen und in ihren Konsequenzen darzustellen. Dabei sollen sowohl eine Ausdehnung des Kreises der Berechtigten und eine Verbesserung bei bestehenden Ermäßigungen, als auch eine Erweiterung auf den ÖPNV in die Prüfung mit einbezogen werden.

Bildung in Rüsselsheim

Unser gemeinsames Ziel ist eine bestmögliche Bildung für alle. Wir verstehen Bildung und Ausbildung als Grundvoraussetzung für ein gutes Leben. Lernen und Weiterbildung sind ein lebenslanger Prozess. Wir setzen uns ein für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit und wollen dafür in Rüsselsheim beste Voraussetzungen schaffen. Wir wollen Schulen mit Hilfe moderner Schulgebäude helfen, einen modernen Schulalltag des selbstbestimmten Lernens entwickeln zu können.

Da sich allen Schulen die gleichen Aufgaben stellen, kann es unter den Schulen keinen Wettbewerb geben. Unser Ziel ist, eine Kultur der Kooperation zu etablieren und den Geist gegenseitiger Hilfe und Unterstützung unter unseren Schulen weiterhin zu fördern. Die Stadt Rüsselsheim unterstützt die Schulen in ihrer Schulentwicklung, wobei wir auch weiterhin größten Wert auf eine demokratische Schulentwicklung, d.h. die Einbeziehung der Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern sowie der schulischen Gremien legen.

Voraussetzungen für moderne Pädagogik schaffen

Wir wollen unsere Schulgebäude für die pädagogische Zukunft fit machen. Das beschlossene Programm für Sanierung und Neubau setzen wir deshalb gemeinsam um und schreiben es fort. Wichtig ist, die Schulgebäude räumlich für die heutigen pädagogischen Anforderungen um- und auszubauen. Dazu gehören z.B. Differenzierungsräume und Mensen – auch Inklusion muss baulich möglich gemacht werden. Die entsprechenden Beschlüsse des Schulentwicklungsplanes sind deshalb zügig zu realisieren. Ziel muss sein, die Inklusion weiter voranzutreiben, so dass z.B. auch auf stationäre Angebote mit Förderschwerpunkt Lernen verzichtet werden kann, indem man die Regelschulen in die Lage versetzt, diese Aufgabe bewältigen zu können. Die dazu notwendige konzeptionelle

Weiterentwicklung der Schulprogramme erfordert ein hohes Maß an Partizipation aller Betroffenen. Die Stadt Rüsselsheim trägt das Ihre dazu bei.

Wir wollen der neu gegründeten kooperativen Gesamtschule Sophie-Opel-Schule (Arbeitstitel) genauso zum Erfolg verhelfen wie der zu sanierenden und auszubauenden integrierten Gesamtschule Alexander-von-Humboldt-Schule. Beide Gesamtschulen sollen 7-zügig ausgebaut werden. Wir wollen die Gerhart-Hauptmann-Schule in ihrer schulischen Weiterentwicklung unterstützen; nach dem Ergebnis der Arbeitsgruppe aus Schulgemeinde und Verwaltung über erforderliche Investitionen wird schnellstmöglich entschieden, die Maßnahmen entsprechend umzusetzen.

Die hierfür notwendigen Mittel werden für alle drei Schulen bereitgestellt.

Alle Rüsselsheimer Grundschulen werden sukzessive modern und bedarfsgerecht ausgebaut, um sie für heutige und zukünftige Anforderungen zu ertüchtigen.

Ganztag

Die Entwicklung muss an allen Standorten in Richtung Ganztagschule gehen. Unser Ziel sind echte Ganztagschulen in ganz Rüsselsheim mit Verzahnung von Unterricht und Nachmittagsangeboten. Bis es soweit ist, werden wir mit städtisch unterstützten Nachmittagsangeboten eine Betreuungsgarantie in Grundschulen von 7.00 – 17.00 Uhr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufrechterhalten.

Wir sehen in Schulen nicht nur Lern- sondern auch Lebensorte. Deshalb wird es in den anbrechenden Zeiten der Ganztagschulen immer wichtiger, die Schulen verstärkt für außerschulische Aktivitäten zu öffnen und Vereine und Akteure vor Ort einzubinden.

Kulturelle Bildung an Schulen stärken

Schulen müssen verstärkt in das Leben in der Stadt eingebunden werden. So wollen wir den Schulen ermöglichen, dass möglichst alle Schüler*innen die vielfältigen kulturellen Angebote in unserer Stadt kennenlernen und nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass mit allen Schulen die regelmäßige Nutzung von z.B. Büchereien, Museum, Theater und Opel-Villen vereinbart wird und die Schulen hierfür durch die Stadt finanziell unterstützt werden.

Sozialarbeit an Schulen

Gewaltprävention und den Gedanken, dass Vielfalt Stärke bedeutet, wollen wir im Rahmen der schulischen Bildung und der Schulsozialarbeit verstärkt vermitteln. Vielfalt muss positiv besetzt sein. Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt müssen in den Schulen thematisiert und bewusstgemacht werden.

Wir wollen die Schulsozialarbeit zukünftig in städtischer Hand durchführen und auf die Gymnasien ausweiten.

Vielfältiges Rüsselsheim

In der Stadt Rüsselsheim leben und arbeiten Menschen aus über hundert verschiedenen Nationen und Kulturen zusammen. Jedem Menschen bestmögliche Voraussetzungen für ein wirtschaftlich und persönlich gutes und selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten - unabhängig von seinem kulturellen Lebenshintergrund - bildet die Grundlage für unser gemeinsames politisches Agieren.

Zur Integration gehört auch, ein differenziertes Angebot vorzuhalten, damit sich die neuen Einwohner*innen die deutsche Sprache aneignen können und sich somit in der neuen Heimat orientieren zu können. Das Erlernen der deutschen Sprache ist die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Wir unterstützen deshalb die Sprachförderung in allen Bereichen mit höchster Priorität, wodurch auch der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erleichtert wird.

Mit der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung wollen wir das Personal und die Strukturen an die Vielfalt der Stadtgesellschaft anpassen. Wir wollen die Ausländerbehörde entsprechend des Konzepts des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu einer „Willkommensbehörde“ fortentwickeln.

Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt unserer Flüchtlingspolitik. Wir werden Flüchtlingen eine humane Lebensperspektive und ausreichenden Schutz bieten. Wir wollen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und Angebote der Beratung, Information und Förderung zur persönlichen und beruflichen Integration erhalten.

Kulturelles Rüsselsheim

Wir bekennen uns zum Erhalt der vielfältigen kulturellen Infrastruktur in Rüsselsheim. Das Stadttheater, das Stadt- und Industriemuseum, die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen, die Volkshochschule, die Stadtbücherei und die Büchereien in den Stadtteilen, die Musikschule und das Kulturzentrum „das Rind“ sind zu erhalten.

Wir wollen eine Kulturpolitik, die Freiräume schafft. Kunst muss frei sein und anecken dürfen. Nur der kritische Austausch bringt eine Stadtgesellschaft voran. Wir setzen uns für Förderstrukturen ein, die offen für Neues und transparent sind. Wir helfen, das volle Potential des kulturellen Erbes unserer Stadt und ihrer Menschen zu heben und in einem regelmäßigen und regen Austausch mit den Kulturschaffenden der Stadt die Kulturpolitik entsprechend dem neu erstellten Kulturprofil weiterzuentwickeln. Gerade kulturelle Pluralität kann lokale Identität ausmachen.

Der Kultursommer soll - mit überarbeitetem Konzept - weiterhin fester Bestandteil des kulturellen Lebens in der Stadt bleiben.

Wir wollen den Nachwuchs fördern und werden deshalb das Förderstipendium jeweils an den geltenden Bafög-Satz anpassen.

Der Zugang zur kulturellen Bildung sollte barrierefrei gestaltet sein. Alle Bürger*innen müssen einen Zugang zu den Opel-Villen, dem Stadt- und Industriemuseum, dem Stadttheater, der Bücherei, der Musikschule und der Volkshochschule finden können. Neben gut ausgestatteten Büchereien und einer angemessen geförderten Volkshochschule ist die Kooperation mit weiteren Bildungsträgern zu unterstützen. Die Volkshochschule wird so ausgestattet, dass sie innovative Angebote für alle Generationen und Einkommen bietet.

Für die Schulen wird ein Büchereikonzept erarbeitet, das die Mindeststandards an allen Schulen sichert.

Stadtentwicklung: Die Stadt als Ganzes begreifen

Die strukturelle Entwicklung einer Stadt wird vor allem durch drei Handlungsbereiche geprägt. Stadterneuerung, Stadtumbau und Stadterweiterung sind die bestimmenden Merkmale für eine langfristige Gesamtentwicklung einer Stadt. Städte sind einem ständigen Wandel ausgesetzt. Phasen des Wachstums, der Stagnation, des Rückgangs und der Revitalisierung

werden durchlaufen, sodass auch die Stadtentwicklung zu keiner Zeit abgeschlossen ist, sondern einen dauerhaften Prozess darstellt.

Auch wenn der Fokus der öffentlichen Wahrnehmung aktuell auf der Innenstadt liegt wollen wir auch die Entwicklung der Stadtteile stärker als bisher politisch begleiten.

Das Leben vieler Bürger*innen spielt sich in ihrem jeweiligen Stadtteil ab (z. B. Kita, Schule, Einkaufen), deshalb müssen diese wieder mehr Gewicht bekommen. Rüsselsheim hat eine gute Ausstattung mit Nahversorgungszentren für die Bürgerinnen und Bürger in ihren Stadtteilen. Die Erhaltung dieser Nahversorgung ist ein wichtiges Ziel. Es bindet nicht nur Kaufkraft an Rüsselsheim, sondern fördert auch die Identifikation der Menschen mit ihrem Stadtteil.

Funktionierende Einkaufszentren in Hassloch-Nord und im Dicken Busch II sind Garanten für die Lebendigkeit dieser Stadtteile. In Stadtteilen wie Königstädten, dem Berliner Viertel und der Böllensee-Siedlung sind besondere Anstrengungen zu unternehmen, um diese Funktion wieder zu stärken bzw. wiederherzustellen. Für das ehemalige EKZ Dicker Busch I ist eine Idee zu entwickeln, die aus dem ehemaligen Stadtteilzentrum ein kleines, eigenständiges Wohnquartier macht.

Wohnen

Die Erfüllung unterschiedlicher Wohnbedürfnisse war für die städtebauliche Entwicklung unserer Stadt immer eine Herausforderung. Die Mischung aus privatem, öffentlich gefördertem und sozialem Wohnungsbau hat Rüsselsheim zu einem guten Wohnstandort im Rhein-Main-Gebiet gemacht. Bei der Entwicklung von neuen Wohngebieten achten wir darauf, dass der Mix aus oben genannten Wohnungsbauformen stimmt, um eine Gentrifizierung zu verhindern und bezahlbare Mieten in Rüsselsheim zu gewährleisten. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft „Gewobau“ spielt hierbei eine wichtige Rolle. Attraktive Wohngebiete, inner- und außerstädtische Grünflächen zur Naherholung und Freizeitgestaltung sowie eine gute Verkehrsinfrastruktur machen Rüsselsheim zu einem beliebten Wohnort im Herzen des Rhein-Main-Gebietes.

Menschen, die sich für ein Leben in Rüsselsheim entscheiden, müssen hier auch die Voraussetzungen für ihre Wohnvorstellungen vorfinden. Die Ausweisung von neuen Baugebieten, das Schließen von Baulücken, die behutsame Nachverdichtung und die Umnutzung heute untergenutzter Flächen bieten dafür das Potenzial.

Bauschheim

Wir stehen für eine baldige Entwicklung der Eselswiese. Hierbei wollen wir den Schwerpunkt auf Wohnen legen. Die unterschiedlichsten Wohnformen sollten dort verwirklicht werden, um so für eine lebendige Ergänzung des Stadtteils zu sorgen. Die Planung des Wohngebiets soll nach dem Vorbild des Blauen Sees I erfolgen, sodass ein Bebauungsmix aus freistehenden Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Geschosswohnungsbau entstehen kann. Ein angemessener Anteil an sozialem Wohnungsbau soll realisiert werden.

Des Weiteren ist eine zügige Erschließung des Wohn- und Gewerbegebietes zu gewährleisten.

Wir fordern einen städtebaulichen Wettbewerb gemäß den Zielen des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 5. November 2015.

Königstädten

Das EKZ Königstädten war über viele Jahrzehnte hinweg ein Mittel- und Treffpunkt in Königstädten. Gemeinsam mit den Eigentümern ist es durch bauliche Aufwertungen in seiner Attraktivität wieder zu stärken. Insbesondere die städtischen Freiflächen sind zu sanieren. Das Konzept des Wochenmarkts ist zu überprüfen, um für mehr Anziehungskraft zu sorgen. Die Stadtteilbücherei ist ein wichtiger Baustein im Gefüge des EKZs.

Die Dreifelderhalle an der Gerhart-Hauptmann-Schule wird in dieser Wahlperiode saniert und steht auch weiterhin den Vereinen in Königstädten zur Verfügung.

Entwicklung des ehemaligen SC Opel Gelände

Mit dem Umzug des SC Opel und des FV Hellas wird es nötig, das ehemalige Sportgelände neben der Großsport-Halle einer neuen Nutzung zuzuführen. Hierzu hat das Bündnis bereits einen umfangreichen Antrag mit der Zielsetzung Wohnbebauung eingebracht (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung v. 12.07.2016). Die zügige und konsequente Umsetzung hat in dieser Legislatur zu erfolgen.

Die Innenstadt als lebendigen Stadtteil begreifen

Durch die starke Konkurrenzsituation im Rhein-Main-Gebiet ist die Entwicklung der Rüsselsheimer Innenstadt zur Einkaufsstadt nicht erreichbar. Ziel der zukünftigen Stadtplanung muss sein, die Innenstadt als Stadtteil mit einem ausgewogenen Mix in Sachen Handel, Einkaufen und Wohnen zu entwickeln sowie das Gastronomie-, Dienstleistungs- und Freizeitangebot zu stärken. Gerade Wohnraum für junge Menschen wie Studierende und Auszubildende sollte in der Innenstadt und in der Nähe des Bahnhofs seinen Platz finden.

Wir unterstützen das auf Initiative von Kinderschutzbund und BI Pro-Opel-Altwerk entstandene Stadtteilforum Innenstadt. Dort arbeiten Kitas, Schulen, städtische Jugendförderung, gesellschaftliche Gruppen und Vereine sowie weitere ehrenamtlich Tätige zusammen.

Um die derzeitig sehr unbefriedigende bauliche Situation zu verbessern, muss es Ziel sein, Teile der veralteten Bausubstanz zurückzubauen und durch moderne Gebäudeensembles zu ersetzen. Diese sollten sich zu Atrien gruppieren und Höfe und Grünzonen aufweisen. Die Erdgeschosse entlang der Fußgängerzonen sollten Ladenflächen aufweisen, die Obergeschosse Wohnraum mit zeitgemäßen Grundrissen anbieten. Die Innenstadt mit ihrer Anbindung an den Bahnhof kann bei entsprechender baulicher Aufwertung ein attraktiver und verkehrlich gut angebundener Wohnstandort im Rhein-Main-Gebiet werden. Mit einer ausreichend großen Anzahl an Innenstadt-Bewohner*innen entsteht auch wieder eine verstärkte Nachfrage nach Angeboten des Alltagslebens.

Der erste Umsetzungsschritt ist die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens zu den oben genannten Zielen. Parallel dazu ist die Sanierungssatzung voll umfänglich und konsequent anzuwenden.

Zur weiteren Entwicklung des Stadtteils, insbesondere bei Entwicklung des Opel-Altwerks ist eine angemessene verkehrliche Erschließung vorzusehen.

Projekte entwickeln, Möglichkeiten aufzeigen

Die bisherigen Maßnahmen der Gewobau und privater Investoren zur Schaffung von studentischem Wohnraum in der Innenstadt sind zwar lobenswert, aber noch lange nicht ausreichend für eine nachhaltige Entwicklung.

Für die weitere Entwicklung der Innenstadt ist ein Stadtentwicklungsdiskurs zu führen. Darunter verstehen wir die transparente Entwicklung einer Perspektive für die Innenstadt unter Hinzuziehung von Fachleuten, Anwohner*innen, Geschäftstreibenden und interessierten Bürger*innen Rüsselsheims. Dieser Stadtentwicklungsdiskurs muss in eine Projektidee münden.

Innerstädtisches Quartier 'Altwerk'

Das 'Altwerk' befindet sich in einem bedauernswerten Zustand. Das denkmalgeschützte Industrieareal verfällt vor den Augen der Stadt.

So wie die Rüsselsheimer Festung in den letzten Jahrzehnten zurück ins Stadtbild gerückt wurde, ist es auch städtische Aufgabe, dieses zweite wichtige Baudenkmal für die Allgemeinheit zugänglich und nutzbar zu machen. Im neuen innerstädtischen Quartier 'Altwerk' muss Platz zum Wohnen und Arbeiten geschaffen werden, genauso wie Platz für Dienstleistungen, Gaststätten und Kultur entstehen muss. Der Teileinzug der Volkshochschule war ein erster Schritt in diese Richtung; als nächstes wird ein Konzept für ein Bildungszentrum erarbeitet werden.

Wir setzen uns dafür ein, nicht mehr nach einer Rundum-Sorglos-Lösung mit Hilfe eines großen Investors zu spielen. Vielmehr kann eine sinnvolle Entwicklung des Altwerks nur schrittweise und in Etappen erfolgen, wenn das Entstehende nachhaltig sein soll. Ein Ankauf des Altwerks ist nicht auszuschließen, wenn es ein tragfähiges Konzept gibt.

Naherholung

Unsere Stadt verfügt über gute Naherholungsgebiete wie Verna-Park, Ostpark, Horlache und Mainufer.

Wir wollen, dass insbesondere jene, die über keine privaten Gärten verfügen und in hochverdichteten Wohngebieten wohnen, in den städtischen Grünflächen einen Ersatz finden. Daher werden wir die Infrastruktur in unseren "Grünen Oasen" ausbauen. Es gilt Grillplätze und die notwendige Infrastruktur für das individuelle Verweilen zu schaffen. Ferner soll es ermöglicht werden gastronomische Angebote in unseren Naherholungsgebieten leichter zu verwirklichen. Es ist darauf zu achten, dass Angebote für alle Altersgruppen vorhanden sind und somit ein gewisser Anteil auch barrierefrei erreicht werden kann.

Die städtischen Grünanlagen und Spielplätze müssen erhalten bleiben und durch die Grünpflege entsprechend gehegt werden. Der zunehmenden Verschmutzung im Stadtgebiet, insbesondere auch in der Innenstadt, werden wir entschieden entgegenzutreten.

Den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen wollen wir deutlich erhöhen. Dazu gehört, dass der Radverkehr gegenüber den anderen Verkehrsarten mindestens gleichwertig zu behandeln ist, der kontinuierliche Ausbau des Radwegeangebotes, die Öffnung von weiteren Einbahnstraßen und markierungstechnische Lösungen an Knotenpunkten.

Flughafen

Die Auswirkungen des Frankfurter Flughafens auf Klima und Gesundheit der Bevölkerung durch Lärm und Abgase hat ein Maß erreicht, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Das Bündnis spricht sich daher gegen einen weiteren Ausbau des Flughafens aus und fordert ein Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr, eine Verringerung der Flugbewegungen, die Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen für die Belastung der Bürger*innen. Weiterhin fordern wir die Verlegung der derzeitigen Flugroute über Haßloch und Königstädten (sog. Südumfliegung) weiter nach Osten, über unbewohntes Waldgebiet (sog. Nachtroute) sowie die strengere Kontrolle der vorgegebenen Flugrouten.

Wirtschaftliche Unternehmungen

Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt Rüsselsheim am Main sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und ohne Abstriche am Leistungsumfang und den Arbeitsbedingungen in städtischem Eigentum zu erhalten.

Betriebsgelände Johann-Sebastian-Bach-Straße

Das Bündnis setzt sich für eine Fortsetzung der Betriebsstätte am bestehenden Standort der Betriebshöfe (Johann-Sebastian-Bach-Straße) ein, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll ist.

Hessentag

Der Hessentag bietet Chancen für die Entwicklung der Stadt, er enthält aber auch ein ernstzunehmendes, bisher nicht kalkuliertes finanzielles Risiko. Eine wirkungsvolle Kostenkontrolle ist notwendig. Daher ist der Stadtverordnetenversammlung die Finanzplanung für die Durchführung des Hessentags zur Beschlussfassung vorzulegen und in vierteljährlichem Rhythmus über Aufwendungen und Erträge zu berichten. Das Bündnis erwartet, dass sich Kosten und Erlöse im Rahmen der Planung bewegen und der Hessentag für Rüsselsheim kostenneutral ist.

Vereinbarung der Bündnispartner*innen über die Besetzung des Magistrats mit hauptamtlichen Dezernenten

Die hauptamtliche Vertretung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird über 2018 sichergestellt.

Nach Ablauf der Amtszeiten werden beide Dezernatsposten ordentlich ausgeschrieben.

Alle Bewerber*innen erhalten die Möglichkeit sich in allen vier Fraktionen vorzustellen. Eine Wiederwahl beider Dezernenten ist möglich.